

INHALT

Aktuelle Entwicklungen

**Amtsenthbung Bolsonaro wegen vorsätzlicher Pandemieausbreitung
erfolgversprechend?** Seite 2

**Covid-19-Pandemie fördert Gewalt gegen Frauen und erschwert
Rechtszugang** Seite 3

**Schafft die Linke Brasiliens 2021 den Schulterschluss? Vorsitzender der
Landlosenbewegung MST wagt Ausblick in die Zeit nach der Impfung** Seite 6

**Schwerpunkt: Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches
mit Herrn Außenminister Heiko Maas am 3.2.2021** Seite 8

Aktivitäten in Deutschland und Europa Seite 10

Titelbild: Informationsverteilung über COVID-19, Foto: Marquinho Mota

Das Dossier entsteht in einer Reihe von Projektberichten, die KoBra für Brot für die Welt schreibt.

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien

Amtsenthörung Bolsonaros wegen vorsätzlicher Pandemieausbreitung erfolgsversprechend?

Präsident Bolsonaro und seine Regierung machen Politik für die Pandemie. Ihre Entscheidungen und Einschätzungen im Pandemiemanagement müssen als relevante Faktoren für die ungebremsst hohen Todeszahlen (1.316 am 22.01.2021) und das Infektionsgeschehen angesehen werden. Zuletzt gingen Mitte Januar die Nachrichten aus Manaus durch die Medien, wo mindestens zwei Menschen erstickten, da der Sauerstoff zur Beatmung der an der Lungenkrankheit Erkrankten ausgegangen war und der Nachschub nicht fristgerecht eintraf. 480 Menschen warteten auf Behandlung, die Betreuung auf den Intensivstationen der Krankenhäuser war kollabiert. Manaus Stadtverwaltung propagiert wie Bolsonaro ebenfalls die Verwendung von Chloroquin als Bekämpfungsmethode, wissenschaftlich ist dies nicht bestätigt. 1.654 Menschen starben in diesen ersten Januartagen in der Hauptstadt des Bundesstaates Amazonas.

Immer deutlicher zeichnet sich das Fehlen einer national koordinierten Corona-Bekämpfungsstrategie und eines gerechten Impfplans ab. Im Detail belegt das eine Untersuchung der Pandemiebekämpfung anhand politischer und juristischer Maßnahmen der Regierung im zurückliegenden Jahr von der Fakultät für Öffentliche Gesundheit an der Universität São Paulo zusammen mit der Menschenrechtsorganisation Conectas Direitos Humanos. In ihrer Studie¹ weisen sie chronologisch nach, dass sich Bolsonaro in seinem leugnenden, zynischen Kurs voller unwissenschaftlicher Haltungen gegenüber der Pandemie treu bleibt. So legte er beispielsweise sein präsidiales Veto gegen das Tragen von Masken in Geschäften, am Arbeitsplatz oder im Gottesdienst ein. Auch gegen Informationsvorschriften zum korrekten Tragen von Masken kam ein Veto. Über 3.000 rechtliche Entscheidungen musste das Oberste Gericht in der Pandemiezeit treffen, häufig überstimmten sie ein Veto des Präsidenten. Dieser hat zwar mit seiner Politik keinen Erfolg, nimmt aber über seine banalisierenden Aussagen dennoch dramatisch Einfluss auf einen weiten Teil der Bevölkerung.

Bolsonaros Kurs ist nicht naiv und hilflos, man lasse sich nicht täuschen. Er verfolgt einen zynischen Kurs der Machtlosigkeit, Tote in Kauf zu nehmen, ohne etwas dagegen tun zu können. Ziel und Opfer dieser Verweigerung von verantwortlichem Handeln sind zum Beispiel die indigenen Völker, Quilombolas und traditionelle Gemeinschaften. Der Verband der indigenen Völker veröffentlicht eine eigene Statistik: Am 22.1. sind 929 Indigene an Corona gestorben, 46.508 Menschen aus 161 ethnischen Gruppen sind erkrankt. Damit war über die Hälfte der indigenen Population bereits infiziert oder ist am Virus gestorben.

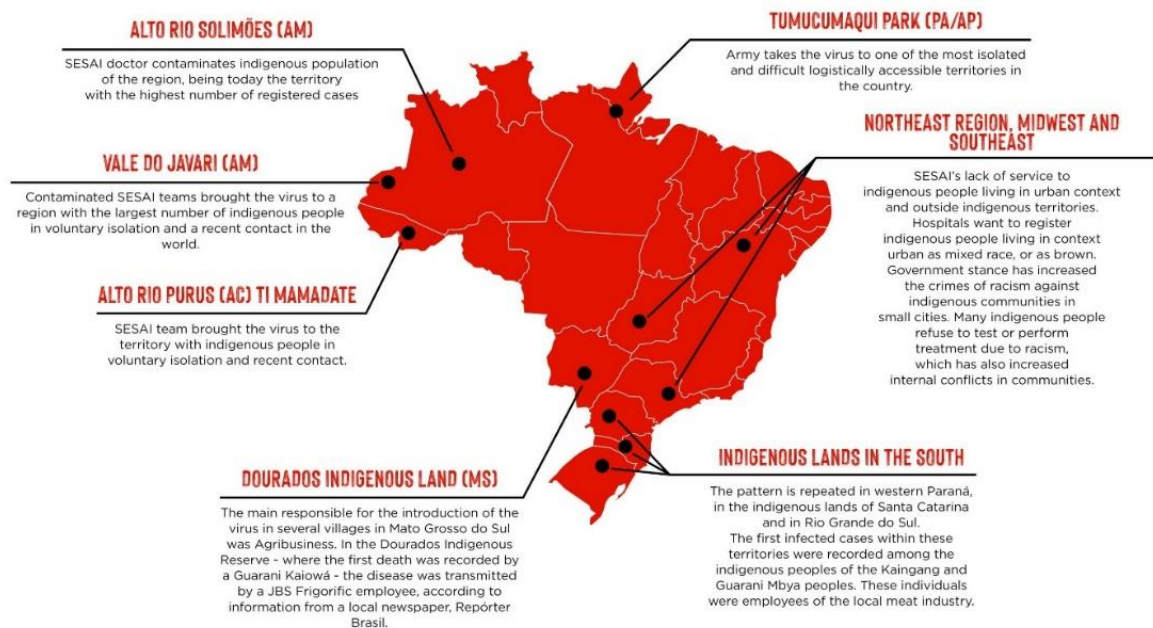
Der Bericht² der Vertretung indigener Völker Brasiliens APIB belegt, dass in mehreren Fällen das Virus von Mitarbeitenden des staatlichen Gesundheitssystems in die indigenen Gruppen getragen wurde. Am oberen Solimões im Bundesstaat Amazonas brachte ein Arzt der indigenen Gesundheitsbehörde SESAI das Virus unerkannt mit. Dort sind die Infektionszahlen bis heute die höchsten. Im Vale do Javari ebenfalls im Bundesstaat Amazonas brachten Gesundheitsteams der Behörde SESAI das Virus zur größten Gruppe bis vor kurzem unkontaktiert lebender Indigener, die erst vor kurzem ihre freiwillige Isolation aufgegeben hatten. Das Gleiche passierte in Acre auf der Terra Indígena Mamadate. Im Tumucumaqui Park an der Grenze zwischen Pará und Amapá brachte das Militär das Virus zu dem Volk, dessen Isolation und Abgeschlossenheit bis dahin am stärksten war. In Mato

¹ https://www.conectas.org/wp/wp-content/uploads/2021/01/Boletim_Direitos-na-Pandemia_ed_10.pdf

² <https://emergenciaindigena.apiboficial.org/en/relatorio-apib/>

Grosso do Sul wurde das Virus von einem Mitarbeiter des Fleischproduzenten JBS in das Reservat der Dourados Indigenen eingeschleppt.

Grafik: Eintrag von COVID-19 in indigene Gemeinschaften³



Wie hat sich Bolsonaro gegenüber der indigenen Bevölkerung verhalten? Sein Veto stand gegen die Bereitstellung von Trinkwasser in den *comunidades* während der Pandemie, von Hygienematerial, Krankenhausbetten und Beatmungseinheiten, von Ventilatoren und Sauerstoffgeräten, von Informationsmaterial zur Pandemie für indigene Gruppen sowie Internetzugang für die indigenen Dörfer. Der Senat musste ihn überstimmen, das Paket wurde eingeschränkt verabschiedet. Die UNO schaltete sich ein, Bolsonaros Kurs steuere auf einen Genozid zu, beklagte neben indigenen Vertreter*innen auch ein oberster Richter des STF.

Das von Bolsonaro gegen Corona propagierte Malariamittel Chloroquin wurde in indigenen Gemeinschaften verabreicht. Der Gesundheitsminister ist ein Militär, die Ausgaben für die neu initiierte militäreigene Produktion von Chloroquin belaufen sich auf 1,5 Millionen Reais (225.000 Euro) innerhalb des Militärhaushalts⁴. Die Entscheidung dazu war ohne Zustimmung des vorherigen Gesundheitsministers getroffen worden. Nach wie vor fehlt ein wissenschaftlicher Beleg für die Wirksamkeit des Mittels gegen Corona. Einer Impfung der Bevölkerung hingegen steht Bolsonaro ablehnend gegenüber. Auch damit nimmt er Einfluss auf die Bevölkerung und verlängert das Sterben in seinem Land.

Covid-19-Pandemie fördert Gewalt gegen Frauen und erschwert Rechtszugang

Krisen sind nie geschlechtsneutral, ihre Auswirkungen werden durch Intersektionalität – gender, race und Klasse als Unterdrückungsursachen - intensiviert. Ungleichheit wirkt wie ein Katalysator auf die Gefahren der Covid-19-Krise: indigene Frauen, Afrobrasilianerinnen und die LGBTIQ-Gemeinschaft sind daher besonders betroffen. Neben dem Verlust oder der Unsicherheit von wirtschaftlichem

³ <https://emergenciaindigena.apiboficial.org/relatorio/>

⁴ <https://reporterbrasil.org.br/2020/06/gasto-de-r-15-mi-com-cloroquina-pelo-exercito-nao-teve-aval-do-ministerio-da-saude-diz-mandetta/>

Auskommen und der Hauptlast der Familien-Care-Arbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird, sind viele von ihnen einem steigenden Ausmaß von Aggression und Gewalt ausgesetzt.

Häusliche Gewalt ist in Ländern mit frauenunterdrückend und patriarchal geprägten Männerbildern und einem starken Hang zu Gewalt als Konfliktmechanismus ein verbreitetes Thema. Durch die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit während der Coronapandemie sind Frauen mit Gewalterfahrung gezwungen, mit dem Aggressor auf engem Raum zusammenzuleben. Ausweichen ist weniger möglich, Frust und Beziehungsprobleme entladen sich häufig in Gewalttaten. Frauen sind darum durch die Isolationsmaßnahmen zunehmend physischer, psychischer und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Dass die Gewalt gegen Frauen in Pandemiezeiten stärker zunimmt⁵ belegen beispielsweise die Zahlen des Brasilianischen Forums für Öffentliche Sicherheit (*Fórum Brasileiro de Segurança Pública*): Die Anzahl der von der Militärpolizei in São Paulo aufgenommenen Fälle von Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, nahm demnach um 44,9% zu. In Rio de Janeiro verzeichnete die Justiz seit Beginn der Quarantäne sogar eine Zunahme der Gewalttaten gegen Frauen um 50%. Morde an Frauen hatten laut einer Untersuchung in den Monaten März und April 2020 im Vergleich zu den Monaten des Vorjahres um 5% zugenommen. Innerhalb von zwei Monaten wurden 195 Frauen ermordet. Diese Untersuchung ist Teil eines vierteljährlichen Monitorings der unabhängigen Medienkooperation von *Amazônia Real*, *Agência Eco Nordeste*, *#Colabora*, *Portal Catarinas* und *Ponte Jornalismo*.

Dass die Gewalt gegen Frauen zunimmt, bestätigt auch eine andere Untersuchung: Der brasilianische „Gewaltmonitor“ berichtet, dass im ersten Halbjahr 2020 landesweit 1.890 Frauen durch Gewalt zu Tode kamen – und davon die Mehrheit während der Corona-Pandemie. Mit 631 Fällen ist ein großer Teil dieser Tötungen als *Femizid* zu bezeichnen. Ein Verbrechen, das durch Hass aufgrund des Geschlechts motiviert ist. Auffallend ist dabei, dass 73 % der Todesopfer Afrobrasilianerinnen waren.

Rassismus und die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht erhöhen nicht nur das Risiko, Opfer von Gewalttaten zu werden, sondern verschlechtern auch die Aussicht, Zugang zu Mitteln der Strafverfolgung zu finden. Hier sind Scham, Angst und Ohnmacht nach wie vor ein Thema. Die Leiterin einer Polizeistation in São Paulo erklärt im Interview, dass durch die Schulschließung auch die soziale Kontrolle durch andere Teile der Gesellschaft entfällt. Wenn ein Kind sich in der Schule sehr auffällig benahm, führte dies früher dazu, dass pädagogische Kräfte die Familie aufsuchten, um nach den Ursachen zu fragen. Heute bleibt das Kind, der Jugendliche oder die Frau, die Gewalt erleidet damit allein. Oder sie muss auf digitalem Weg Anzeige erstatten.

Über Notfallnummern können Gewalttaten im häuslichen Umfeld der Polizei oder Militärpolizei telefonisch angezeigt werden. Alternativ gibt es eine Reihe von NGOs bei denen Betroffene um Hilfe ersuchen können. Propagiert wurde auch die Aktion „Gelbes Kreuz“⁶, wo es reichte, ein gelbes Kreuz auf der Handfläche in einer Apotheke zu zeigen, in der Hoffnung, darüber die Polizei auf ein Gewaltdelikt hinzuweisen.

Letzte Zahlen der Indigenengesundheitsbehörde Sesai belegen, dass zwischen 2007 und 2017 indigene Frauen 8.221 Fälle von gewalttätigen Übergriffen gemeldet haben. Ein Drittel der Gewalt richtete sich gegen Mädchen und junge Frauen im Alter von 10-19 Jahren. 72% der Übergriffe finden im häuslichen Umfeld statt. Indigene Frauen sehen sich beim Weg zur Anzeige sowohl mit

⁵ <https://blog.misereor.de/2020/11/25/online-empowerment-wie-in-brasilien-der-gewalt-gegen-frauen-begegnung-wird/>

⁶ <https://www.politize.com.br/violencia-domestica-no-brasil/>

Sprachbarrieren also auch mit weiten Wegen zu offiziellen Stellen konfrontiert. Indigene Gewalttäter rechtfertigen ihre Taten oft als Teil der Kultur und drohen ihren Frauen, im Falle einer Anzeige mit noch mehr Gewalt. Die Hürden zu einer Anzeige sind hoch, zumal die aktuelle Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte eher ein Frauenbild vermittelt, das schweigt und sich unterordnet.

Juristisch regelt das Gesetz „Lei Maria da Penha“ seit 2006 nach einer Anzeige die Strafverfolgung des Täters. Die Untersuchung *Violência Doméstica e Familiar contra a Mulher* (Häusliche und innerfamiliäre Gewalt gegen Frauen) von DataSenado in Zusammenarbeit mit dem *Observatório da Mulher contra Violência* (Monitor Frauengewalt), belegt jedoch, dass 68% der befragten Frauen angaben, wenig und 11%, gar nichts über das Gesetz zu wissen. Nur 19% der Frauen gaben an, das Gesetz gut zu kennen⁷. Das Gericht entscheidet im Anzeigenfall, ob eine Streitschlichtung in Frage kommt. Dem Täter droht je nach Schwere der Gewalt die Inhaftierung, Geldstrafen sind wegen zu geringer Abschreckungswirkung abgeschafft. Als Instrument zur Anzeige werden seit Juli 2020 auch digitale Kanäle wie eine App genutzt. Diese wird zwar als Notsignal angenommen und verwendet, bis zur Anzeige kommt es dennoch deutlich seltener und leider führte die erhoffte Abschreckung der App auf die Täter nicht zu einem Rückgang der häuslichen Gewalt. Erschwerend kommt hinzu, dass auch Behörden und Ämter ihre Arbeitsstruktur in der Pandemie verändert haben, wodurch sich Bearbeitungsprozesse verzögern und schnelle Hilfsmaßnahmen oft ausbleiben. Diese Einschätzung teilen offizielle Stellen⁸.

2019 kam es unter Bolsonaro außerdem zu Änderungen des Gesetzes: Die Waffe eines Aggressors darf nun nicht mehr unmittelbar beschlagnahmt werden. Sanktioniert wurde zudem die Möglichkeit, einen Aggressor zuhause zu verhaften, ohne auf einen richterlichen Beschluss zu warten. Gekippt wurde auch die Möglichkeit für medizinisches Personal, 24 Stunden nach einer Untersuchung von Gewaltopfern stellvertretend bei der Polizei Anzeige zu erstatten.

Höchst problematisch bleibt im Zusammenhang mit der hohen Anzahl an Frauenmorden der Besitz und das Tragen von Waffen, beides wurde unter der Regierung Bolsonaro per Dekret alltagstauglich gemacht. Bolsonaro hat bereits den Kauf von Feuerwaffen erleichtert und die Menge der Munition, die erworben werden kann, heraufgesetzt. Der Besitz von Revolvern und Pistolen ist in Brasilien weit verbreitet. Nach Bolsonaros Verfügung dürfen Brasilianer bis zu vier Waffen legal besitzen. Diese müssen bei der Bundespolizei angemeldet werden⁹.

Frauenhäuser als Schutzeinrichtungen für Frauen, die von Gewalt bedroht sind, wurden 2013 von Präsidentin Dilma Rousseff ins Leben gerufen. Eine Ausweitung des Konzepts auf alle Bundesstaaten war geplant, Ende 2018 waren jedoch nur die sieben Staaten São Paulo, Brasília, Ceará, Paraná, Maranhão, Mato Grosso do Sul e Roraima mit solchen Schutzräumen ausgestattet. Wenn man die Entwicklung der aktuellen Zahlen anschaut, müsste hier dringend nachgebessert werden.

Zahlen von 2018 belegen, dass über die Hälfte der Frauen eine Gewalttat nicht zur Anzeige bringt. Das Gesetz Maria da Penha wird von einem Großteil der Frauen nicht genutzt, Vertrauen und positive Erfahrung mit Polizei und Staatsmacht sind nicht vorhanden. Stattdessen erleben viele Frauen im

⁷ <https://www.brasildefato.com.br/2020/09/22/violencia-domestica-atinge-mais-de-82-mil-mulheres-este-ano-em-minas-gerais>

⁸ <https://datapopalliance.org/violence-against-women-in-latin-america-the-multiple-facets-of-a-pervasive-issue/>

⁹ <https://www.evangelisch.de/inhalte/179580/09-12-2020/bolsonaro-schafft-importsteuer-fuer-schusswaffen-ab>

Alltag Abwertung und strukturellen Rassismus, dem Afrobrasilianerinnen und indigene Frauen besonders ausgesetzt sind¹⁰. Hinzu kommen stereotype Bilder aus kolonialen Unterdrückungsmustern, die die Sexualität und den weiblichen Körper interpretieren. Fehlende finanzielle Unabhängigkeit verstärkt den Leidensdruck der Opfer. Sie müssen einen Abwägungsprozess der Nachteile vornehmen, die sie für ihr Leben und das ihrer Kinder in Kauf nehmen.

Die schwarze Aktivistin und Staatsanwältin Livia Sant' Anna Vaz geht in der Veranstaltung des lateinamerikanischen Frauennetzwerks Unidas „Frauen im Dialog“ im November 2020¹¹ sogar noch weiter und bemängelt die fehlende pluriversale Perspektive der Gesetzgebung und auch eines Gesetzes wie das „Maria da Penha“. Pluriversalität geht davon aus, dass mehrere Traditionen und Sozialordnungen gleichzeitig möglich sind. Kommt sie zur Anwendung, könne dies die Rechtsauslegung dekolonialisieren. Das brasilianische Gerichtswesen sowie die Legislative seien immer noch geprägt von der Weltsicht männlicher, weißer, christlicher und heterosexuell-normierter Juristen. Sie machen die Gesetze des Landes und legen sie auch, weshalb ein Gesetz Maria da Penha vor allem weißen Frauen der Mittel- und Oberschicht helfe. Laut Gewaltatlas 2020¹² wird in Brasilien alle 2 Stunden eine Frau ermordet. Zwischen 2008 und 2018 haben die Morde an schwarzen Frauen um 12,4% zugenommen, wogegen die Morde an weißen Frauen um 11,7% zurückgegangen sind.

Schafft die Linke Brasiliens 2021 den Schulterschluss? Vorsitzender der Landlosenbewegung MST wagt Ausblick in die Zeit nach der Impfung

João Stedile¹³ hat die Wahlen 2022 im Blick und nennt in seiner politischen Analyse zum Jahresbeginn drei Krisen, die es zu überwinden gilt: die Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems, die Coronapandemie mit ihren Auswirkungen für die Bevölkerung sowie eine Regierung unter Bolsonaro, die zu sozialer Eskalation und Genozid beiträgt. Brasilien belegt aktuell Platz 13 aller Volkswirtschaften. Allerdings gehört es zu den 83 Ländern, die auf Grund von Ungleichheit sehr schlechte Lebensbedingungen für einen Teil der Bevölkerung bieten. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt zum Jahresende bei 14 Prozent. 12 Millionen Brasilianer*innen sind wieder von Hunger bedroht, Lebensmittelpreise sind je nach Produkt um 20 – 60 Prozent gestiegen. Das staatliche Bauprogramm für sozialen Wohnungsbau *Minha Casa – minha vida* wurde nicht weiterverfolgt.

Stedile hat eine weitere Krise vergessen: Die Spaltung der Opposition, die eine Abwahl Bolsonaros verhindern könnte. Die Kommunalwahlen 2021 haben eher Kandidaten der konservativen Parteien bestätigt als die Linke, die inhaltlich nicht zueinander findet. Hier müssen Gespräche gesucht, andere Meinungen angehört, Standpunkte abgeglichen und Kompromisse gefunden werden, wenn die Abwahl des aktuellen Präsidenten gelingen soll. Bolsonaro wird man nur gemeinsam los. Stedile beschreibt den Schulterschluss einer *frente popular* (zivilgesellschaftliche Massenbewegung) aus linken Bewegungen (*Frente Popular sem medo*, gewerkschaftsnahe Gruppen, *Brasil Popular*, interreligiöse Gruppen, politische Parteien, Jugendbewegungen, Künstler*innen und Intellektuelle).

¹⁰ <https://datapopalliance.org/violence-against-women-in-latin-america-the-multiple-facets-of-a-pervasive-issue/>

¹¹ <https://www.goethe.de/ins/br/de/kul/sup/und/uni.html>

¹² <https://www.ipea.gov.br/atlasviolencia/download/24/atlas-da-violencia-2020>

¹³ <http://www.ihu.unisinos.br/606103-em-defesa-da-frente-popular-contr-a-crise-e-efeitos-da-pandemia>

Von außen betrachtet stellt sich die Frage, ob alle diese Gruppen zu einem gemeinsamen politischen Projekt finden. Ein gemeinsames Projekt mit einer gemeinsamen politischen Vision, die über das Ziel, Bolsonaro hinter sich zu lassen, konstruktiv hinausgeht.

Stedile formuliert eine Reihe von Perspektiven für 2021, die aus seiner Perspektive den Weg für einen Politikwechsel bereiten könnten.

1. Kampf für einen gerechten und organisierten Impfungang für die gesamte Bevölkerung. Dafür müsste das öffentliche Gesundheitswesen aufgestockt werden.
2. Sicherstellung der medizinischen Notversorgung bis zum Ende der Pandemie für alle.
3. Ernährungssicherung und die Produktion gesunder Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen
4. Der Kampf gegen Bolsonaro auf demokratischem Weg über die Institutionen: 50 Anträge auf Amtsenthebung liegen der Abgeordnetenkammer vor. Bisher galten sie nicht als aussichtsreich, wie zuletzt eine Umfrage im Senat Anfang 2021 ergeben hat.¹⁴ Allerdings verfügt Bolsonaro laut derselben Umfrage bislang nicht über die politische Mehrheit um eine Verfassungsänderung (PEC) durchsetzen zu können. Ob die politischen Entwicklungen mit einer Amtsenthebung Trumps in den USA auch neuen Wind in das Szenario Brasilien bringen, bleibt abzuwarten.
5. Einführung einer Kapital- und Vermögenssteuer. Aufhebung des Gesetzes *Lei Kandir*, das seit F. H. Cardoso die Agrarindustrie von einer Exportsteuer auf ihre Produkte (z.B. Soja) freistellt. Gleichzeitig regelt das Gesetz die Mehrwertsteuerbefreiung des agrarindustriellen Sektors beim Kauf von Agrarchemie.
6. Kampf gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben (Eletrobras, Post, Caixa, Serpro) und Land. Laut Stedile wollen die Regierung Bolsonaro und die Agrarlobby 25% des staatlichen Landbesitzes dem ausländischen Kapital anbieten.
7. Kampf gegen Rassismus und jede Art von Gewalt gegen Frauen.

Stedile will die 60 Millionen „abgehängten Brasilianer*innen“ ansprechen und gewinnen, die ohne Arbeit, Einkommen und Zukunft perspektivlos sind. Überwiegend Frauen, Familienoberhäupter, junge Erwachsene, Afrobrasilianer*innen aus den städtischen Randzonen. Ob es gelingt, sie politisch zu überzeugen, gemeinsam für ihre Rechte kämpfen und Lösungen für ihre Probleme zu erstreiten, ist die große Frage. Denn die politischen Forderungen des MST-Anführers zeigen keine wirklich neuen Ansätze. Sie folgen einem politischen Diskurs und einer Logik, die schon bei der Wahl 2018 nicht mehr mehrheitsfähig war. Allerdings mit einer Wahlkampfmaschinerie über soziale Medien, wie sie bis dato nicht üblich war. Diese schmerzhaft Erfahrung haben die sozialen Bewegungen genau analysiert und sich dagegen neu aufgestellt. Dies haben viele Beiträge des Runden Tisch Brasilien 2020¹⁵ gezeigt, die zweisprachig als Videos und Protokolle auf der KoBra-Seite dokumentiert sind.

¹⁴ <https://www.bbc.com/portuguese/brasil-55594325>

¹⁵ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2020>

Schwerpunkt: Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches mit Herrn Außenminister Heiko Maas am 3.2.2021

Organisation: Brot für die Welt, Misereor, terre des hommes, Gesellschaft für bedrohte Völker, Kooperation Brasilien – KoBra eV.

Länderthema: Brasilien

Brasilien ist stark von der Coronapandemie betroffen, marginalisierte Bevölkerungsgruppen leiden besonders. Neben der anhaltenden Gesundheitskrise forciert die Regierung mit ihrer Politik multiple Krisen und damit die stetige Zunahme von Menschenrechtsverletzungen.

Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV) unter Druck

Laut Brasilianischem Komitee für MRV (CBDDH) haben unter der Regierung Bolsonaro Drohungen, Übergriffe und Morde an MRV zugenommen. Von 24 Morden an MRV im Jahr 2019 wurden zehn an indigenen Führungspersonen verübt. Im ersten Halbjahr 2020 wurden 13 Morde registriert. Das 2004 eingerichtete staatliche Schutzprogramm funktioniert nur noch in sechs Bundesstaaten. Ankündigungen, „alle Formen des Aktivismus zu beenden“ und über 440 Angriffe seitens des Präsidenten und seiner politisch aktiven Familienangehörigen auf Journalist:innen legitimieren diese Form der Gewalt.

Aktivist:innen der LGBTIQ-Bewegung und Frauenrechtlerinnen sind besonderen Risiken und insbesondere sexueller Gewalt ausgesetzt. Laut brasilianischem „Gewaltmonitor“ kamen im ersten Halbjahr 2020 landesweit 1.890 Frauen durch Gewalt zu Tode – die Mehrheit davon während der Corona-Pandemie. Mit 631 Fällen ist ein großer Teil dieser Tötungen als Femizid zu bezeichnen, wobei 73 % der Todesopfer Afrobrasilianerinnen waren.

Einige Führungskräfte sozialer Bewegungen wurden unter falschen Anschuldigungen festgenommen. Hinzu kommen Einschränkungen von Beteiligungsmöglichkeiten, z.B. durch die Schaffung eines „Nationalen Rats für den Amazonas-Raum“, der das Engagement von Nichtregierungsorganisationen in der Region zurückdrängt. Auch das Dekret 9759 von 2019 schränkt die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Räten und Dialogforen ein. Umstrittene Maßnahmen, wie der Abbau von Umweltstandards, sind so leichter durchzusetzen.

Polizeigewalt und Waffen

2019 wurden in Brasilien 48.000 Menschen gewaltsam getötet, 6.357 davon (13%) von Polizei, Militär oder anderen staatlichen Sicherheitskräften: Absolut als auch prozentual einer der höchsten Werte weltweit. Dieser neue Rekordwert liegt fast dreimal höher als der Wert von 2013.¹⁶ 99% der Opfer von Polizeigewalt sind männlich, 79% sind Schwarze, 74% sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 29 Jahren, hinzukommen noch viele Kinder unter 15 Jahre.

Die Polizei geht gegen Kinder und Jugendliche oft brutaler vor als gegen Erwachsene. Im Bundesstaat São Paulo z.B. werden Kinder und Jugendliche bei Festnahmen durch die Polizei fast doppelt so oft getötet wie Erwachsene: 6,1 bei 1.000 Festnahmen im Vergleich zu 3,4 Erwachsenen.

Misshandlungen, Gewalt und willkürliche Verhaftungen von Kindern und Jugendlichen sind an der Tagesordnung.²¹⁷ Kinder und Jugendliche sind generell besonders von Gewalt betroffen: Im Jahr 2018 wurden in Brasilien über 10.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren getötet, etwa dreiviertel mit Schusswaffen.

¹⁶ Anuário Brasileiro de Segurança Pública 2020. <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2020/10/anuario-14-2020-v1-final.pdf>

¹⁷ „Jugendliche im Visier der Polizei“, R.Willinger & A.Zellhuber, <https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/brasilicum/258-259-kommunikation-und-aktion-in-der-krise-wertewandel-in-brasilien> oder <https://www.tdh.de/was-wir-tun/projekte/suedamerika/brasilien.html> (hier wird der Artikel demnächst online erscheinen)

Die Polizeigewalt wird durch Politiker wie Staatspräsident Jair Bolsonaro, São Paulos Gouverneur João Dória oder Rios Gouverneur Wilson Witzel massiv angeheizt und auch mit Dekreten und gesetzlichen Regelungen gefördert, die beispielsweise die schon sehr hohe Straflosigkeit bei Polizeigewalt noch weiter begünstigen. Zudem wurde durch die Regierung Bolsonaro sowohl der Waffenimport als auch der Erwerb von Waffen für Zivilist:innen stark erleichtert, was 2019 zu einer Erhöhung der Registrierungen von Waffen durch Zivilpersonen um 98% führte. Viele der Waffen von Polizei und Militär stammen von deutschen Herstellern, vor allem von Heckler & Koch und Sig Sauer. Laut SIPRI¹⁸ hat Deutschland zwischen 2008 und 2018 Rüstungsgüter im Wert von 544 Millionen US-Dollar nach Brasilien exportiert, darunter viele sog. Kleinwaffen und Munition, und war damit der größte Rüstungsexporteur nach Brasilien, vor den USA und Frankreich. Der Mord an der Stadträtin Marielle Franco aus Rio de Janeiro, einer Kritikerin von Polizeigewalt, wurde nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mit einer MP5-Maschinenpistole von Heckler & Koch verübt, vermutlich von einem Ex-Militär. Bei brutalen Polizeieinsätzen in dicht bevölkerten Vierteln werden nicht nur regelmäßig deutsche Kleinwaffen und Munition eingesetzt, sondern auch Hubschrauber des deutsch-französischen Herstellers Airbus.¹⁹

Verletzung der Rechte indigener Bevölkerung

Nach Angaben des brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik (IBGE, 2010) leben rund 897.000 Indigene in Brasilien. Ihr Lebensstandard ist deutlich niedriger als der der brasilianischen Mehrheitsbevölkerung. Die indigenenfeindliche Politik der Regierung Bolsonaro trägt aktuell zu einer Verschärfung der Situation bei.²⁰ Erklärtes Regierungsziel ist z.B. die Erschließung des Amazonasgebietes durch Infrastrukturmaßnahmen, multinationale Bergbauprojekte und eine Ausweitung von Rinderzucht und Landwirtschaft. Staatlichen Instanzen wie der Indigenenbehörde FUNAI, der indigenen Gesundheitsbehörde SESAI und dem Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen IBAMA wurden durch drastische Haushaltskürzungen die Mittel entzogen und verhindert, dass sie ihrem Schutzauftrag nachkommen.

Die unkontrollierte geopolitische Öffnung Amazoniens und die akute Straflosigkeit lassen die Abholzung steil ansteigen. Satellitenbilder der brasilianischen Weltraumbehörde Inpe zeigen eine Zerstörung von 11.088 Quadratkilometer Regenwald von August 2019 bis einschließlich Juli 2020, eine Steigerung um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Waldbrände auf indigenen Gebieten nahmen um das bis zu 13-fache zu.²¹ Auch die Bergbauaktivitäten auf indigenem Land haben signifikant zugenommen. Aktuell gibt es 58 bereits genehmigte Bergbauanträge auf indigenem Land im Amazonasgebiet.²²

Damit eng im Zusammenhang steht der massive Anstieg der Gewalt gegen Indigene in Brasilien. Zahlen des Indigenenmissionsrats CIMI²³ zeigen eine starke Zunahme von Landraub, illegalen Invasionen in Schutzgebiete und Enteignung indigener Gebiete im Jahr 2019. 113 Indigene wurden 2019 getötet. Ein Großteil der Gewaltverbrechen wird nicht aufgeklärt. Die Zahl der Invasionen in indigene Gebiete hat sich 2019 gegenüber 2018 mehr als verdoppelt (256 zu 109 registrierte Fälle). Die Ausweisung weiterer Schutzgebiete ist seit Amtsantritt Bolsonaros komplett zum Erliegen gekommen.

Konflikte um Land und Wasser weiten sich aus

18 <https://www.sipri.org/databases/armstransfers>

19 Studie „Kleinwaffen in kleinen Händen: Deutsche Rüstungsexporte verletzen Kinderrechte“, 2020. Hrsg. Brot für die Welt und terre des hommes. www.tdh.de/kleinwaffen

20 https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/UN-statements/2020/Infringement_of_indigenous_rights_in_Brazil_while_attention_is_on_COVID-19_crisis.pdf

21 <https://reporterbrasil.org.br/2020/11/abandonadas-pela-funai-60-das-terras-indigenas-sao-devastadas-100-mil-focos-de-incendio>

22 <https://cimi.org.br/2020/09/em-2019-terras-indigenas-invasadas-modo-ostensivo-brasil/>

23 <https://www.dw.com/pt-br/levantamento-mostra-avan%C3%A7o-da-minera%C3%A7%C3%A3o-em-terras-ind%C3%ADgenas/a-55713592>

Die Fachstelle der brasilianischen Bischofskonferenz für Landfragen CPT stellt im Jahresbericht 2019 fest, dass 2018 fast eine Million Menschen in Landkonflikte verwickelt waren. 960.630 Menschen wurden im Rahmen von Landstreitigkeiten Opfer von Gewalt, gegenüber 2017 ein Anstieg von 35,6 Prozent. 2018 bis 2019 gab es nochmals einen Anstieg der Landkonflikte um 23 Prozent, die höchste Zahl seit 1985. Die Konflikte um Wasserressourcen haben sogar um 77 Prozent zugenommen. Laut CPT-Bericht wurden 50,4 Prozent der Kämpfe um Wasser von Bergbauunternehmen ausgelöst; ein Großteil davon im Zusammenhang mit Wasserkraftwerken. Die Wasserkonflikte werden in vielen Fällen von Bergbauvorhaben mit Beteiligung internationaler Geldgeber hervorgerufen.

Der CPT-Bericht weist auch auf die Problematik der Umweltdelikte hin: Zwischen 2000 und 2018 wurden 363 Arbeitnehmer:innen Opfer von Pestizid-Vergiftungen. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, da viele Arbeiter:innen fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und darum die meisten dieser Fälle nie zur Anzeige kommen.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:

- Konsequenter Einsatz für eine Verbesserung der Menschen- und insbesondere Kinderrechtslage und für einen besseren Schutz von MRV als ein Schwerpunkt deutscher Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit. Bilaterale Vereinbarungen der Bundesregierung sollten eine regelmäßige Überprüfung unter Beteiligung der engagierten brasilianischen Zivilgesellschaft sowie robuste Sanktionsmechanismen vorsehen.
- Festlegung verbindlicher Menschenrechtsklauseln in Handelsverträgen mit Brasilien wie dem EU-Mercosur-Abkommen: Nachhaltigkeitskapitel mit Sanktionsoptionen und verbindlichen Regeln zur Unternehmensverantwortung sowie effektivere zivilgesellschaftliche Monitoring- und Beschwerdemechanismen. Nachbesserung des Vorsorgeprinzips im Kapitel über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen, um den extensiven Einsatz von Pestiziden verbraucherrechtlich zu kontrollieren, besonders jenen, die in Europa bereits verboten sind.
- Sofortiger Stopp aller Exporte von Rüstungsgütern und Munition nach Brasilien. Überprüfung des Endverbleibs der bereits gelieferten Rüstungsgüter, insbesondere von Kleinwaffen und Munition. Konsequenter Einsatz für Rechtstaatlichkeit und Ende der hohen Straflosigkeit in Brasilien, insbesondere bei Strafverfolgung staatlicher Akteure (Polizei, Militär).
- Deutschland soll sich im VN-Menschenrechtsrat dafür einsetzen, dass Brasilien seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber seiner indigenen Bevölkerung nachprüfbar einhält und internationale Abkommen wie die ILO 169 und die VN-Deklaration über die Rechte indigener Völker UNDRIP respektiert.

Aktivitäten und Kampagnen in Deutschland und Europa

Die **KoBra FJT** wird **zwischen am 23. und 24. April 2021 im Online-Format** angeboten. Thematisch wird es um die Keimzellen des Widerstands gehen, die trotz verminderter Aktivismusköglichkeiten in Pandemiezeiten und gegen die Politik der rechtsradikalen Regierung Bolsonaro beharrlich für eine andere Welt kämpfen, in der soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft für alle möglich sind. Das Tagungsangebot wird demnächst auf der KoBra-Webseite veröffentlicht.

Die politischen Stiftungen in Deutschland haben sich mit Lateinamerika-Studiengängen in Berlin und Köln zusammengetan und die Online-Reihe „**Berliner Brasiliendialog: Brasilien im multiplen Krisenmodus**“ mit Vertreter*innen verschiedener sozialer Bewegungen ins Leben gerufen. Auf der Seite von mecila²⁴: Maria Sibylla Merian Centre Conviviality-Inequality in Latin America findet man

²⁴<http://mecila.net/brasiliendialoge-de/>

die Aufzeichnungen der einzelnen Debatten bei youtube²⁵ zum Nachhören. Die noch ausstehenden Veranstaltungen findet man als Ankündigung auf der KoBra Website.

Das **IAN Netzwerk** (international advocacy network) legt gemeinsam mit KoBra politischen Vertreter*innen ein Update zum Thema Frauengewalt vor. Ein ausführlicher Bericht zur Lage in Brasilien findet sich in diesem Dossier.

Der Stuttgarter Verein **Poema e.V.** unterstützt indigene Gruppen der Wajapi und der Kaapor sowie die Landlosenbewegung MST. Auf ihrer Seite findet sich ein Lagebericht²⁶ ihrer Projektpartner unter Coronabedingungen zusammen mit einem Spendenaufruf.

Die **Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt ASW** warnt in einem Beitrag auf ihrer Seite vor dem juristischen Maulkorb für kritische NGOs in Amazonien, den die Regierung Bolsonaro verfolgt. Organisationen, die laut der Regierung nicht im „nationalen Interesse“ handeln, sollen eingeschränkt oder blockiert werden. Kontrollieren würde das der Amazonasrat - ein Gremium, das seit seiner Gründung keine ernstzunehmenden Schritte gegen die Entwaldung und Umweltkriminalität eingeleitet hat und ohne die Partizipation der Zivilgesellschaft handelt. So sollen bis 2022 die NROs im Amazonasgebiet vollständig vom Staat überwacht und kontrolliert werden. Aufgrund der immer wieder kehrenden Unterdrückungsversuche der Regierung und deren neuen Vorschläge haben sich nun 73 brasilianische Organisationen mit einem offenen Brief²⁷ an die internationale Staatengemeinschaft gewandt und bitten um Unterstützung gegen den geplanten Eingriff in ihre Grundrechte. Sie fordern die brasilianische Gesellschaft auf, ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern und so die Rechte von Indigenen, den Amazonasregenwald und die Demokratie zu schützen.

²⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=Ke--BZ4UqRk&feature=youtu.be>

²⁶ http://www.poema-deutschland.de/files/corona_sept.pdf

²⁷ <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/kobra-dokumentiert-einen-offenen-brief-der-brasilianischen-zivilgesellschaft-gegen-bolsonaros-amazonaspolitik>